



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft

Stand vom 27.06.2024 09:24:55 bis 02.08.2024 10:17:56

Angegeben von:

Förderverein PRO ASYL e.V. - Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge (R001885) am 27.06.2024

Beschreibung:

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigt der Gesetzgeber, ein grundlegend neues Konzept und Verfahren zur Verhinderung vermeintlich missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft einzuführen. Während bislang ein diesbezügliches Prüfungsverfahren nur eingeleitet wird, wenn zumindest entsprechende Anhaltspunkte nach § 1597 BGB bestehen, soll künftig stets bei Bestehen eines »aufenthaltsrechtlichen Gefälles«, welches beispielsweise in allen Fällen gesehen wird, in denen Beteiligte sich in einem Asylverfahren befinden, zu einer Prüfpflicht seitens der Ausländerbehörden führen. Die Betroffenen werden so allein auf Grund ihres aufenthaltsrechtlichen Status unter Generalverdacht missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen gestellt. Dies kann zu Stigmatisierung führen.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 30.04.2024

1. Federführendes Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu] (Vorgang)
2. Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu] (Vorgang)

Betroffene Interessenbereiche (1)

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2406270021 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]